

# GÖTTINGER BLÄTTER

04.2016

Herausgeber: Die LINKE. ★ DKP ★ VVN/BdA ★ FG BRD-Cuba ★ GROBIAN ★ Göttinger Linke

## ► AFD-Erfolg ist ein Desaster

Auch wenn in den Wahlkommentaren die hohen Verluste der beiden so genannten Volksparteien CDU und SPD im Vordergrund stehen, darf man sich nicht darüber hinweg täuschen lassen, dass auch DIE LINKE zu den deutlichen Verlierern dieser drei Landtagswahlen zählt. Sie konnte weder in Baden-Württemberg noch in Rheinland-Pfalz erkennbar zulegen und den Sprung in die Landtage schaffen und hatte auch in Sachsen-Anhalt empfindliche Stimmeneinbußen zu verzeichnen.

Wenig verständlich ist nach solch einem Ergebnis, dass sich ihr Bundestagsabgeordnete Jan Korte nach diesem Debakel einen Tag später hinstellt und äußert, er sei für eine rot-rot-grüne Koalition im Bund und seine Partei habe „die Lücke auf der linken Seite nach der Agenda 2010 geschlossen“. Mit solch inhaltsleeren Zahlenspielerereien, mit dieser Art von Selbsttäuschung, Anbiederung und Ablenkungsmanövern kann Die LINKE keine neuen Wählerinnen und Wähler für sich gewinnen. Das bloße Beschwören des Zusammenhalts „aller demokratischen Parteien“ gegenüber der AFD lenkt von der wirklichen Aufgabe einer offensiven inhaltlichen Auseinandersetzung mit den Rechtsaußen, aber auch der unsozialen, neoliberalen Politik der Regierungsparteien ab. Dadurch wird nur die Skepsis von immer mehr Menschen vor einem Parteienkartell und -mischmasch weiter genährt.

So bitter es ist, darf man die Augen nicht davor verschließen, dass es der AFD und nicht der politischen Linken gelungen ist eine erkennbare Zahl von Nichtwähler\*innen überwiegend für sich an die Wahlurnen zu bringen. Selbst wenn mit einer möglichen Beruhigung der Emotionen beim Flüchtlingsthema der Zuspruch für die AFD abnimmt

– rassistische, nationalistische, ausgrenzende Mechanismen in unserer Gesellschaft sind damit noch nicht gebannt. Abstiegsängste, Konkurrenzdenken, Entsolidarisierung sind dann keinesfalls überwunden.

Mag momentan für Linke auch die inhaltliche Auseinandersetzung mit den diffusen, fremdenfeindlichen und teilweise deutlich unsozialen Aussagen der AFD im Mittelpunkt stehen, so darf für die Partei DIE LINKE die inhaltliche Auseinandersetzung mit CDU, SPD und Grünen davon nicht völlig verdeckt werden.

Um Erfolg zu haben muss DIE LINKE als Partei, den Wähler\*innen eine deutliche Alternative aufzeigen. Dies gilt außen- wie innenpolitisch. Nicht Grenzschließungen und Abschottung, sondern Bekämpfung der Fluchtursachen, nicht Militärinterventionen sondern Friedenspolitik im Sinne internationaler Solidarität für Entrechtete, Unterdrückte, Ausgebeutete sollte ihr Markenzeichen sein. Nicht Steuerprivilegien für Spitzenverdiener und Superreiche sondern Entlastung der Normalverdiener\*innen, Abschaffung prekärer Arbeitsverhältnisse und der unseligen Hartz-IV-Gesetzgebung sind Ziele der politischen Linken. Darin unterscheidet sich auch die Linkspartei neben vielen anderen Aspekten wesentlich von allen anderen Parlamentsparteien inclusive der AFD. Nicht das Verkleistern der Unterschiede um einer wie auch immer gearteten staatstragenden Attitüde Willen, sondern nur das klare Aufzeigen der Unterscheidungsmerkmale, der konkreten nachvollziehbaren Schritte für eine andere Politik wird sie den Menschen näher bringen. Dazu gehört der offensive Meinungskampf mit der AFD und den anderen Parteien als Antwort auf die verlorenen Landtagswahlen.

### im Internet

www.goettinger-blaetter.de

### Kontakt

POST: Göttinger Blätter  
Lange Geismarstraße 2  
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen  
Telefon: 0551/67065

### Inhalt

Afd Desaster	1
VVN	2
FG Cuba	3
DKP	4
GöLinke	5
DIE LINKE. Termine	6
DIE LINKE. im Kreistag	7
Die LINKE. Kreisverband	8
DIE LINKE. Kreisverband	9
Grobian	10
GöLinke	11
DKP Aufruf	12

### Redaktionsschluss

für die Ausgabe 05.2016  
ist der 21. April.  
Auslieferung am 24. April.

**Zur Demo in Hannover  
am 23. April 2016!**

OBAMA & MERKEL KOMMEN

**DEMO:  
TTIP & CETA  
STOPPEN**

23.4.2016  
HANNOVER  
OPERNPLATZ, 12 UHR

FÜR EINEN  
GERECHTEN WELTHANDEL  
WWW.TTIP-DEMO.DE

STOP  
TTIP  
CETA



## Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Internet: [www.goettingen.vvn-bda.de](http://www.goettingen.vvn-bda.de) • Email: [vvn-goettingen@secarts.org](mailto:vvn-goettingen@secarts.org)

### ► Erneute Demonstration zu Ehren der Waffen-SS in Riga

Alle Jahre wieder marschiert die Waffen-SS in Lettland. Am 16. März war es in der lettischen Hauptstadt Riga erneut so weit – wie jedes Jahr seit 1991. Mit einem Umzug und einer von lettischen Nationalfahnen gesäumten Kundgebung wurden am Freiheitsdenkmal die lettischen Einheiten der Waffen-SS geehrt. Die lettische Legion der Waffen-SS war am 16. März 1943 aufgestellt worden. Teil dieser Truppe wurden auch die Mitglieder des „Kommandos Victor Arajs“, die zuvor in antisemitischen Säuberungsaktionen bereits die Hälfte der jüdischen Bevölkerung des Landes ermordet hatten.

Internationaler Druck hat immerhin erreicht, dass der „Tag der Legionäre“ seit 1998 nicht mehr nationaler Feiertag ist und die Regierung nicht mehr offiziell daran beteiligt ist. Die wenigen Letten, die Proteste gegen diesen Gespenster-Marsch organisieren, sind erheblicher Repression ausgesetzt. Telefonüberwachung, Reisebeschränkungen, Behördenschikanen, Polizeiwilckür, staatliche Einflussnahme auf Hotels und Veranstaltungsunternehmen werden jedes Jahr insbesondere gegen „Lettland ohne Nazismus“ angewendet und sollen sie zur Aufgabe zwingen. Auf Einladung der Initiative „Lettland ohne Nazismus“ nahmen am 16. März in Riga internationale Poli-

ker, Wissenschaftlicher, Journalisten und Antifaschisten an Aktivitäten gegen den „Ehrenmarsch“ teil. Auch eine Delegation der VVN-BdA beteiligte sich in diesem Jahr wieder an einer Gegenkundgebung. Allerdings fehlten einige Mitglieder der Delegation unfreiwillig: Die Geschäftsführer der Bundesvereinigung, Thomas Willms, und der Berliner VVN-BdA, Markus Tervooren, sowie drei weitere Mitglieder der Organisation, Günter Hoppe, Lothar Eberhardt und Werner Müller, wurden beim Versuch der Einreise am Flughafen von Riga verhaftet und stundenlang festgehalten. Der Vorsitzenden Cornelia Kerth wurde gar in Hamburg der Einstieg in ein Flugzeug nach Riga verweigert. Ihre Namen befanden sich auf einer „schwarzen Liste“ der lettischen Grenzbehörden, da sie bereits in der Vergangenheit an den friedlichen Protesten gegen den SS-Aufmarsch teilgenommen hätten.

Gedenkmarsch der Veteranen der lettischen Legion der Waffen-SS in Riga:

### ► Deutsche Antifaschisten abgeschoben – der Skandal bleibt!

von Cornelia Kerth, 16. März 2016

Nachdem fünf Mitglieder der VVN-BdA mehrere Stunden auf dem Flughafen von Riga festgehalten worden waren, weil sie sich an den Protesten gegen den Ehrenmarsch für die Waffen-SS beteiligen wollten, wurden sie schließlich mit unbekanntem Ziel in einem Gefangenentransportwagen zeitweise unter Blaulicht fortgeschafft. Gegen Abend fanden sie sich an der litauischen Grenze wieder, wo die Polizei einen Fernreisebus anhielt. In diesen hinein verfrachtet, trafen sie 20 Stunden später wieder in Berlin ein.

Währenddessen konnten andere Mitglieder der VVN-BdA trotzdem in Riga unter intensiver Polizeibegleitung gemeinsam mit unseren lettischen Freunden von „Lettland ohne Nazismus“ und dem Direktor des Simon-Wiesenthal-Zentrums New York, Dr. Efraim Zuroff, sichtbar in der Nähe des Freiheits-Monumentes demonstrieren. Der Protest fand große Beachtung und stieß auf Interesse bei der Presse.

Die massiven Schikanen im Vorfeld waren ebenso wirkungslos geblieben wie die Einschüchterungsversuche der Immigrationspolizei im Hotel unserer Delegation.

Der Marsch der SS-Veteranen und ihrer Anhänger formierte sich nach dem Besuch eines Gottesdienstes in der St. Peters Kirche, angeführt durch den Pastor. Etwa 1.000 Veteranen und Anhänger – darunter auch sichtbar organisierte Gruppen von Neofaschisten – marschierten zum Freiheits-Monument. Der Marsch sei „gruselig“ gewesen, hieß es in einem ersten Kommentar aus Riga.

Der Protest war sichtbar durch Fahnen, Transparente und Schilder mit der Aufschrift „Keine Glorifizierung des Holocaust“ in lettischer und englischer Sprache. Außerdem wurden Fotos von Massakern an der jüdischen Bevölkerung Lettlands durch das zur lettischen Legion der Waffen-SS gehörende Kommando Viktor Arajs gezeigt. Dazu wurden Hunderte Namen



von jüdischen Opfern aus Riga verlesen. Das war jedoch nur so lange möglich bis der Marsch in Hörweite kam, dann mussten die Lautsprecher auf Anweisung der Polizei ausgeschaltet werden.

Während die lettischen Behörden dafür sorgen, dass die Veteranen der Waffen-SS durch keine Erinnerung an ihre Opfer gestört durch Riga paradiere können, werden protestierende Antifaschistinnen und Antifaschisten kriminalisiert und schikaniert und ihre Arbeit in skandalösem Ausmaß behindert.

Auch 2017 werden wir deshalb wieder an der Seite unserer lettischen Freunde in Riga demonstrieren und fordern:

**Schluss mit der Ehrung von NS-Kollaborateuren und Mördern!  
Anerkennen der baltischen Beteiligung am nazistischen Völkermord!  
Freiheit für „Lettland ohne Nazismus“!**

# Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen  
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de

## Mitgliederversammlung

**Dienstag, den 05. April**

Die Treffen finden um 20:00 im Berliner Hof statt

## ► USA lockern Blockade

### Obama hat kurz vor seinem Besuch in Kuba einige wirtschaftliche Sanktionen aufgehoben

Die US-Regierung hat vier Tage vor dem Besuch von Präsident Barack Obama im sozialistischen Kuba einige der seit über 50 Jahren gegen die Insel verhängten Sanktionen gelockert. Die vom Finanz- und Handelsministerium am Dienstag in Washington bekanntgegebenen Änderungen sind bereits am gestrigen Mittwoch in Kraft getreten. Danach darf das US-Bankensystem ab sofort Transaktionen von kubanischen Institutionen und Bürgern abwickeln. Das Land kann damit in seinen internationalen Handelsbeziehungen künftig auch US-Dollar nutzen.

Eine andere Erleichterung sieht vor, dass US-Bürger seit gestern auch individuelle Reisen nach Kuba unternehmen dürfen, sofern die Gründe dafür Bildungs- oder Kulturaustausch sind. Bisher waren nur organisierte Gruppenreisen unter strikten Auflagen erlaubt. Urlaubs- oder Erholungsreisen auf die Karibikinsel bleiben allerdings verboten und stehen in den USA weiterhin unter Strafandrohung, erklärte eine Sprecherin der Exportkontrollbehörde des US-Finanzministeriums.

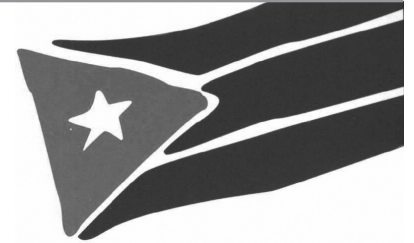
Zum ersten Mal seit 1963 fand gestern wieder ein Postflug zwischen Kuba und den USA statt. Wegen der US-Blockade mussten Briefe und Pakete in den vergangenen 50 Jahren über Drittländer verschickt werden, was für Sender und Empfänger teurer, zeitaufwendiger und unsicherer war. Eine Einigung über die Wiederaufnahme des direkten Postverkehrs war bereits im Dezember letzten Jahres erzielt worden.

Wie die Nachrichtenagentur Associated Press am Mittwoch berichtete, bereitet Washington derzeit die Lockerung weiterer Einschränkungen vor, die von der

Obama-Administration ohne Zustimmung des Kongresses geändert werden können. Dazu soll unter anderem das sechsmonatige Einlaufverbot in US-Häfen für Schiffe gehören, die in Kuba festgemacht haben. Kubaner, die sich vorübergehend in den USA aufhalten, dürfen dort künftig legal arbeiten und Geld verdienen. Außerdem würde schon bald mit einer Genehmigung Washingtons für US-Hotelketten gerechnet, die in Kuba in touristische Einrichtungen investieren wollen. Unternehmen wie Starwood und Marriot hätten entsprechende Anträge bereits gestellt.

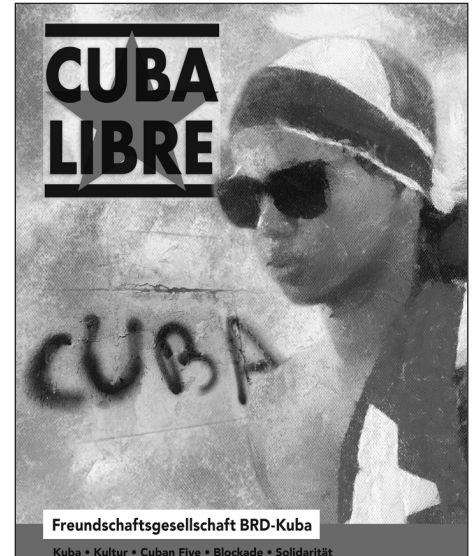
Obwohl die Mehrheit der US-Bevölkerung den Entspannungsgesten positiv gegenüber steht, spuckten antikommunistische Contras in den USA wieder einmal Gift und Galle. So beklagte die republikanische Kongressabgeordnete Ileana Ros-Lethinen aus Florida laut der Tageszeitung Nuevo Herald, dass jetzt »noch mehr Geld in die Taschen des Regimes« flösse, obwohl »die Unterdrückung in Kuba zunimmt«. Ihr Kollege, der Abgeordnete Reid Ribble aus Wisconsin, empört sich über diejenigen in den USA, die »mit dem Teufel tanzen, um ein paar Dollar zu verdienen«.

Während westliche Agenturen, wie etwa die deutsche dpa, die in Kraft getretenen Veränderungen bereits euphorisch als »neue große Geste der Annäherung« feierten, reagierten die Medien in Kuba darauf zwar grundsätzlich positiv, zugleich aber auch zurückhaltend. Die Abendnachrichten des Fernsehsenders Cubavisión würdigten am Dienstag, dass die Maßnahmen zwar »ein weiterer Schritt auf dem Weg« seien, die »Be-



unser Kooperations-  
u. Bildungspartner:

Verein Niedersächsischer  
**BILDUNGSINITIATIVEN** e.V.



ziehungen zu verändern«, ihre tatsächliche Bedeutung aber noch abgewogen werden müsse. Der Beitrag erinnerte daran, dass Washington zuvor bereits drei Maßnahmenpakete zur Lockerung von Sanktionen verabschiedet habe, deren Auswirkungen jedoch begrenzt seien. Die Tageszeitung Granma stellte dazu fest, dass das »Haupthindernis auf dem Weg zur Normalisierung der Beziehungen« die seit über 50 Jahren von den USA gegenüber Kuba aufrecht erhaltenen Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade sei.

US-Präsident Barack Obama wird am Sonntag, als erstes Staatsoberhaupt der USA seit 1928, in Begleitung seiner Ehefrau Michelle und eines Trosses von 20 Kongressabgeordneten, weiteren Politikern und Wirtschaftsvertretern zu einem dreitägigen Kuba-Besuch in Havanna erwartet. Neben offiziellen Gesprächen, unter anderem mit Präsident Raúl Castro, steht auch das Baseballspiel einer kubanischen Auswahl gegen das US-amerikanische Team »Tampa Bay Rays« im frisch renovierten Stadion Latinoamericano auf seinem Programm. Spekuliert wird derzeit noch darüber, ob Obama auch von Revolutionsführer Fidel Castro empfangen werden wird. *jW, Volker Hermsdorf*

# Deutsche Kommunistische Partei

## Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, [www.dkp-goettingen.de](http://www.dkp-goettingen.de), [goettingen@dkp-niedersachsen.de](mailto:goettingen@dkp-niedersachsen.de)

### ► Personalratswahlen in Uni und UMG

Betriebs- und Personalräte entstanden nicht aus Forderungen der deutschen Arbeiter, sie sollten 1918/19 ein Gegengewicht zu den Arbeiter- und Soldatenräten schaffen. Mit der gesetzlichen Vorgabe, gemeinsam mit dem Arbeitgeber im Interesse des Betriebes zusammenzuarbeiten, haben die PRs und BRs in Europa fast ein Alleinstellungsmerkmal.

Trotzdem werden immer wieder Betriebs- und Personalräte angegriffen, in der Privatwirtschaft natürlich deutlich häufiger. Unsere Aufgabe ist es, diese zu verteidigen und in anderen Betrieben die Belegschaft bei der Gründung von Betriebsräten zu unterstützen. Wer beispielsweise die Ansiedelung eines XXXL-Möbelmarktes ohne Betriebsrat begrüßt, kann sich nicht gewerkschaftsfreundlich nennen.

Die einfachste Methode, schnell und kostenfrei den eigenen Betriebs-/Personalrat zu unterstützen, ist, zu den Wahlen zu gehen. Für Göttingens größte Betriebe, Universität und Universitätsmedizin (UMG) sind insgesamt rd. 12.700 Beschäftigte aufgerufen, am 12. oder 13. April ihre Stimme für die insgesamt 44 Sitze im jeweiligen PR abzugeben. Doch das Wahlverfahren ist ein Lehrstück in „Komischer Demokratie“:

Beginnen wir mit dem Wahlverfahren: Treten nur Einzelkandidaten an, können die Wähler jeden einzelnen Kandidaten mit Kreuzchen versehen. Sehr zur Erleichterung des Wahlvorstandes gibt es aber Vorschlagslisten, Schwupps haben die Wähler nur noch ein Kreuz. Die Auszählung von bis zu 7.500 Wahlzetteln

mit bis zu 21 Kreuzen (UMG) hätte die Verwaltung auch ein wenig ins Schwitzen gebracht. Doch jetzt sehen die Wähler nur den Listennamen und die ersten drei Kandidaten und haben keinen Einfluss darauf, wer denn wirklich in den Rat gewählt wird? Warum nicht – wie bei den Uniwahlen bei Listenwahl – das Kreuz beim Kandidaten nach Wunsch? Nebeneffekt: Das erbitterte Hauen und Stechen, das bei der Aufstellung so mancher Liste schon zu Tage trat, wäre gemindert.

Nächste Seltsamkeit: Die Sitze werden nach dem völlig veralteten Höchstzahlverfahren (d'Hondt) auf die Listen verteilt, da aber dadurch ver.di als stärkste Liste fast sicher einen Sitz mehr erhält, will ich mal nicht zu sehr motzen.

Weiter im Reich der Skurrilitäten: Die Sitze sind quotiert: In der Uni elf Frauen und zehn Männer, in der UMG 16 Frauen und 7 Männer, der der Anteil der Frauen im Krankenhaus höher ist. Das ist noch nachvollziehbar, allerdings rangieren die (teilweise Männerdominierten) Listen höherwertiger als das Geschlecht, so dass es doch zumeist mehr Männer sind (aktuell: 7 Männer und 14 Frauen statt 6:15). Wollte man eine echte Quotierung, müsste man die Wahl getrennt durchführen, Männerwahl für 7 Plätze, Frauenwahl für 16.

Ist es wem aufgefallen? Wer addieren kann, sieht: Der UMG-Personalrat wächst, es gibt also mehr Wahlberechtigte. Hat das Klinikum so viele Leute neu eingestellt? Die Antwort ist (leider und erwartungsgemäß) nein. Allerdings haben jetzt die wissenschaftlichen Mitarbeiter und die an die UMG-Töchter verliehenen

### Mitgliederversammlungen/ Termine/Veranstaltungen

Die Mitgliederversammlungen des DKP-Kreisverbandes Göttingen finden im Roten Zentrum, Lange Geismarstraße 2, statt. Interessierte sind herzlich eingeladen.

#### MV Dienstag, 14. April, 20:00 Uhr

Aufstieg und unsere Arbeit zum Niedergang der AFD

#### MV Dienstag, 26. April, 20:00 Uhr

aktuelle Tarifaueinandersetzungen öffentlicher Dienst/Metall, Referent aus der Gewerkschaft angefragt.

Angestellten das Wahlrecht erhalten, ein Erfolg der ver.di. Es bleibt zu hoffen, dass diese neue Klientel das Recht auch nutzt, andernfalls hätte die Gewerkschaft sich die Klage auch schenken können.

Doch der größte Klops kommt noch: Es gibt in Uni und UMG immer noch Beamte! Diese haben natürlich ebenfalls das Recht auf Personalratsvertreter, und zwar mindestens einen Mann und eine Frau. Zwei Sitze der jeweiligen PRs werden also in einem komplett getrennten Wahlgang ermittelt. Gibt es denn genug Beamte für zwei Sitze? In der Uni sind es gemäß der Ausschreibung 209 Beamte und 4038 Arbeiter/Angestellte, in der UMG 27 Beamte und 7436 Arbeiter/Angestellte. Ein repräsentativ zusammengestellter PR mit der Quote der Beamtenvertreter bestünde also aus 51 Personen (Uni) und 552 Menschen in der UMG!

Kein Wunder, dass die Wahlbeteiligung bei all diesen Mängeln nur bei 25 % liegt.

StW



Wähler/innengemeinschaft

**Göttinger Linke**

## ▶ **Die Wähler\*innengemeinschaft Göttinger Linke unterstützt den Kampf um Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität gegen Sexismus und Rassismus**

Es ist eigentlich zu kurz gegriffen nur zum Internationalen Frauentag am 8. März seine Unterstützung und Solidarität zum Kampf der Frauen zum Ausdruck zu bringen. Die politischen Ziele der Frauenbewegung sind seit ihrem Anbeginn bis heute universelle Forderungen, die ihre Gültigkeit Tag für Tag besitzen. Das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben, das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung, auf gleichen Lohn und so weiter sind auch bei uns noch längst keine Selbstverständlichkeit. Immer noch sind auch hier Frauen von häuslicher Gewalt bedroht. Deshalb darf es nicht sein, dass Frauenhäuser um ihre finanzielle Existenz kämpfen und bangen müssen. Immer noch sind Frauen weitgehend in sogenannten Führungspositionen in Wirtschaft, Forschung und Lehre und der öffentlichen Verwaltung völlig unterrepräsentiert. Die Reihe von Diskriminierungen könnte jede Frauenbeauftragte noch um viele Beispiele fortsetzen.

Die Übergriffe der Silvesternacht in Köln werden leider dazu missbraucht, Sexismus als ein Phänomen in anderen Kulturen zu brandmarken, um rassistische Vorurteile zu transportieren. Ohne die Vorfälle in Köln bagatellisieren zu

wollen, deutsche Männer, europäische Schlepper sind nicht weniger übergriffig und sexuelle Gewalt ausübend, als die jetzt zu Recht an den Pranger gestellte Gruppe von Flüchtlingen aus dem Maghreb. Das belegen selbst die Polizeistatistiken.

Nicht nur am Internationalen Frauentag unterstützt die Göttinger Linke speziell auch für Göttingen die Forderungen:

- **Sicherung des Frauenhauses durch eine bedarfsgerechte Förderung;**
- **gesicherte Haushaltsansätze für den Frauennotruf, die Therapeutische Frauenberatung, für Phönix und Kore;**
- **Gleichstellung von Frauen in der öffentlichen Verwaltung, stadt-eigenen Betrieben und der Uni.**

**Schluss mit sexueller Bevormundung und Gewalt. Nein heißt Nein!**

**Wir rufen zur Beteiligung an den Aktionen rund um das Gänseliesel und die weiteren Aktivitäten anlässlich des Internationalen Frauentages auf.**

## **Kontakte:**

**Wählerinnengemeinschaft  
GöLinke**

Rotes Zentrum,  
Lange Geismarstraße 2  
37073 Göttingen  
[www.goettinger-linke.de](http://www.goettinger-linke.de)  
E-Mail: [goelinke@web.de](mailto:goelinke@web.de)

**SprecherInnenkreis:**

Gerd Nier, Dr. Peter Strathmann,  
Marianne Mogk, Thomas Bahrs,  
Dr. Christian Schüler, Gunnar Siebecke

## **3. Kommunalpolitische Konferenz:**

**Sonnabend, 16. April 2016, 10.30 bis  
18.00**

**Arbeit & Leben, „Schaltwerk“, Lange  
Geismarstraße 72-73**

i.e.: Mitgliederversammlung GöLinke,  
Wahlkreisversammlungen GöLinke,  
Wahlkreisversammlung DIE LINKE.  
(genaueres s. Göttinger Blätter März  
2016, S. 5, oder hier:

<http://www.goettinger-linke.de/aktuell/termine/>

## **Unser Kommunalwahlprogramm wächst und gedeiht! Hinweise zum Ablauf:**

**Liebe Genoss\*innen in der Wähler\*innengemeinschaft Göttinger Linke,**

die einzelnen Arbeitsgruppen haben ihre Abschnitte des Kommunalwahlprogramms erarbeitet. Nun ist die Redaktionsgruppe dabei, einen vollständigen Entwurf zusammen zu stellen. Wir hoffen, dass wir Euch spätestens am 30.3. ein Ergebnis vorlegen können. Es wird dann auf der Webseite der Wähler\*innengemeinschaft online gestellt [www.goettinger-linke.de](http://www.goettinger-linke.de). Ihr könnt schriftliche Änderungsvorschläge bis zum 11.4. einreichen, am Besten an die Kontaktadresse [akiraki8@gmx.de](mailto:akiraki8@gmx.de). Dann seid Ihr sicher, dass sie entweder noch übernommen und eingearbeitet werden oder schriftlich am 16.4. zur Kommunalpolitischen Konferenz vorliegen und abgestimmt werden können.

Eurer Redaktionskollektiv



**Internationaler Frauentag  
2016 | Heute für morgen  
Zeichen setzen**

Internationaler Frauentag 2016 ver.di

# DIE LINKE.

[www.die-linke-goettingen.de](http://www.die-linke-goettingen.de)

## Einladung zur Kreismitgliederversammlung des KV Göttingen/Osterode während der Kommunalpolitischen Konferenz der Göttinger Linke am 16.04.16

Liebe Genoss\*innen im KV Göttingen/Osterode, am Tag der Kommunalpolitischen Konferenz der Göttinger Linke (Samstag, 16.04.16 bei Arbeit und Leben Lange-Geismar-Straße 73, Göttingen) laden wir Euch hiermit auch zu einer Kreismitgliederversammlung ein. Wir müssen das aus formalen Gründen tun, damit ggf. Beschlüsse von uns als Linken-KMV über wichtige Anträge gefasst werden können. Bitte findet Euch dazu ab 14 Uhr bei Arbeit und Leben ein. Die Anfangszeit kann abweichen und richtet sich nach den Abläufen der Kommunalpolitischen Konferenz. Diese beginnt schon um 10:30 Uhr.

Tagesordnungsvorschlag:

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, Beschluss der Tagesordnung, Protokoll, Moderation
2. Anträge

Euer Kreissprecher\*innenrat DIE LINKE KV Göttingen/Osterode

## Wahlkreis- und Delegiertenversammlung zur Bundesparteitagsvorbereitung

**Mittwoch, den 6 April 2016, 19 Uhr** im Roten Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2-3

### Linker Stammtisch für alle!

**Ab jetzt jeden ersten Donnerstag im Monat**

**erstmal am Donnerstag, den 7. April 2016**, ab 21 Uhr in der Hafensbar Kadenz, Judenstraße 17

## Termine der Ortsverbände

### OV Hann. Münden: Einladung zur Aufstellungsversammlung zur Kommunalwahl 2016 – Wahl des Rates der Stadt Hann. Münden

Liebe Genoss\*innen, hiermit laden wir alle stimmberechtigten Parteimitglieder im Wahlgebiet Hann. Münden zur Aufstellungsversammlung zur Kommunalwahl 2016 - Wahl des Rates der Stadt Hann. Münden ein. Auf der Versammlung sollen die Wahlbewerberinnen und Wahlbewerber und ihre Reihenfolge bestimmt werden.

**Termin der Versammlung:**

**Datum: Donnerstag, 28. April 2016**

**Ort: Gaststätte „Zum Onkel Paul“, Siebenturmstr. 9 in Hann. Münden**

**Uhrzeit: 19:00 Uhr**

**Tagesordnungsvorschlag:**

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Wahl der Protokollführung
3. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung
4. Beschluss der Tagesordnung
5. Wahl einer Versammlungsleitung
6. Wahl einer Schriftführerin / eines Schriftführers
7. Wahl einer Wahlkommission
8. Bestimmung von 2 Versammlungsteilnehmer\*innen zur Mitunterzeichnung der Niederschrift und der erforderlichen Versicherung an Eides statt
9. Wahl von 2 Vertrauensleuten für den Wahlvorschlag
10. Vorstellung der Kandidat\*innen  
(Fragen an die und Antworten der Kandidat\*innen)
11. Wahl der Kandidat\*innen und ihre Reihenfolge
12. Bekanntgabe des Wahlergebnisses

Der Sprecher\*innenrat der Partei DIE LINKE. Ortsverband Hann. Münden

### OV Göttingen Mitgliederversammlung

**Montag, 4. April 2016, 19:00 Uhr**, Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2

Thema: Anti-Faschistische Fußballkultur (Gast: Supporters Crew 05)

**Weitere Termine auf Seite 10**

## KV Göttingen/Osterode

Lange Geismarstraße 2, 37073 Göttingen

Tel.: (0551) 49 56 66 80

[kreisverband@dielinke-goettingen.de](mailto:kreisverband@dielinke-goettingen.de)

### Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Nach Vereinbarung im Rotes Zentrum,

Anfragen an: [kreisverband@die-linke-goettingen.de](mailto:kreisverband@die-linke-goettingen.de).

### Linksjugend [;solid]:

[solidgoettingen@gmail.com](mailto:solidgoettingen@gmail.com)

### Ortsverbände:

#### OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:

[ortsverband@dielinke-goettingen.de](mailto:ortsverband@dielinke-goettingen.de)

#### OV Hann. Münden

Olaf Klein, Hallenbadstr. 1,

34346 Hann. Münden, Tel. 05541-5571,

[hann.muenden@dielinke-goettingen.de](mailto:hann.muenden@dielinke-goettingen.de)

#### OV Rosdorf

Stine Rummel-Strebelow

Tel. 0551/49269269 und 01577/5895059

[rosdorf@dielinke-goettingen.de](mailto:rosdorf@dielinke-goettingen.de)

#### OV Bovenden

Oliver Preuss, Tel. 0179-7322549,

[bovenden@dielinke-goettingen.de](mailto:bovenden@dielinke-goettingen.de)

#### OV Kreis Osterode

Ilays Cangöz

[kreis.osterode@die-linke-goettingen.de](mailto:kreis.osterode@die-linke-goettingen.de)

#### OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,

37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,

[dransfeld@dielinke-goettingen.de](mailto:dransfeld@dielinke-goettingen.de)

### Zusammenschlüsse:

#### Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 01523 2077973

Festnetz: 0551-40137061

[eckhardfascher@web.de](mailto:eckhardfascher@web.de)

#### Antikapitalistische Linke

Meike Brunken, Tel. 01577 78 25 333

E-Mail: [akiraki8@web.de](mailto:akiraki8@web.de)

#### AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,

Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,

E-Mail: [ag-gb@dielinke-goettingen.de](mailto:ag-gb@dielinke-goettingen.de)

#### Sozialistische Linke

Dietmar Reitmeyer

[E-Mail:SL-Goettingen@web.de](mailto:E-Mail:SL-Goettingen@web.de)

#### AG Antifa

Michael Kaufmann

[ag.anti.fa.linke.goe@web.de](mailto:ag.anti.fa.linke.goe@web.de)

#### Kommunistische Plattform

Peter Strathmann,

E-Mail: [walter.noobsch.kpf@gmx.de](mailto:walter.noobsch.kpf@gmx.de)

### Rosa-Luxemburg-Club

#### Göttingen

Dr. Eckhard Fascher, Genfstraße 18,

37079 Göttingen, Tel. 01523 2077973

oder 0551-40137061

E-Mail: [eckhardfascher@web.de](mailto:eckhardfascher@web.de)

### Spendenkonto

des KV Göttingen: Kto-Nr. 3401510800

Volksbank Göttingen BLZ: 26090050

# DIE LINKE. Kreistagsinfo aktuell

Nr. 25 - März 2016

Fraktion DIE LINKE. im Kreistag  
Kreishaus, Zi. 66  
Reinhäuser Landstr. 4  
37083 Göttingen  
Tel 05 51-525 108

dielinke@landkreisgoettingen.de  
dielinke-goettingen.de/kreistag

## EDITORIAL

Die Kreistagssitzung am 16. März stand ganz im Zeichen zahlreicher Anträge, die von der Fraktion DIE LINKE eingebracht wurden. Die anderen Fraktionen betrachten die Wahlperiode offenbar bereits als beendet. Anträge jedenfalls haben sie unisono nicht gestellt.

## TOP 8 – Zuschuss für Zwangsarbeiterausstellung

Der erste von der Fraktion DIE LINKE eingebrachte Antrag geht zurück auf einen Hilferuf der Geschichtswerkstätten Göttingen und Duderstadt, die den Fortbestand der Ausstellung „Auf der Spur europäischer Zwangsarbeit in Südniedersachsen 1939-1945“, die seit Anfang 2015 in der BBS II zu sehen ist, in Gefahr sehen. DIE LINKE griff hier die Forderung auf, einen ausreichenden Personalkostenzuschuss zu gewähren, da sich gezeigt hat, dass die Präsentation der Ausstellung nicht allein durch ehrenamtliche Arbeit bewältigt werden kann. Eckhard Fascher appellierte an die übrigen Fraktionen, ihre ablehnende Haltung in dieser Frage noch einmal zu überdenken. Diese begründeten ihre Ablehnung damit, dass sie Personalkostenzuschüsse grundsätzlich ablehnen. Während aus den Reihen der übrigen Oppositionsfraktionen und der Grünen durchaus zu vernehmen war, dass unsere Anregung berechtigt sei, wurde von der SPD schroffe Ablehnung signalisiert. Dezernent Riethig meinte gar klarstellen zu müssen, dass die Verwaltung in dieser Sache auf keinen Fall irgendwelche Arbeit verrichten werde, egal, was aus den Kreisorganen zu vernehmen sei.

## TOP 9 – Einrichtung einer IGS in Hann. Münden

Unser Antrag zur Einrichtung einer IGS in Hann. Münden wurde uns faktisch von den Grünen nahegelegt. Als wir den Antrag zur Einrichtung einer IGS in Dransfeld einbrachten, wurden wir belehrt, zuerst müsse eine solche in Münden eingerichtet werden. So wies Eckhard Fascher in seiner Rede auch darauf hin, dass es im gesamten Westkreis nach wie vor kein Gesamtschulangebot gibt. Gegenwärtig finde eine Abstimmung mit den Füßen statt, indem viele Schüler in benachbarte hessische Gesamtschulen abwandern.

Auf die aus dem bürgerlichen Lager vorgetragene Kritik mit Lobhudelei der „Qualitätsschule“ Gymnasium im Stil der üblichen Klassenkampfrhetorik muss hier nicht weiter eingegangen werden – wobei am Rande bemerkt sei, dass von der untoten FDP bescheinigt wurde, DIE LINKE zeige „große Ausdauer bei der Verfolgung ihrer politischen Ziele“.

Den Rednerinnen der Mehrheitsgruppe gelang dann das Kunststück, die Schulform IGS in den höchsten Tönen zu loben, aber gleichzeitig zu begründen, warum der Antrag der LINKEN kompletter Unfug sei. Von der SPD wurde dabei auf den „Elternwillen“ verwiesen, den die Grüne Rednerin Gerl-Plein aber sogleich wieder in Frage stellte. Außerdem solle doch besser der nächste Kreistag eine Entscheidung in dieser Angelegenheit treffen. DIE LINKE wird darauf zurückkommen und weiterhin für neue Gesamtschulen eintreten.

## TOP 10 – Kostenlose Fahrradmitnahme im Schienenpersonennahverkehr

Während es in anderen Bundesländern bzw. Verkehrsverbänden längst Realität ist, Fahrräder in Zügen kostenlos mitzunehmen, wie Andreas Gemmecke in seiner Rede darlegte, scheint es in Süd-Niedersachsen gänzlich am politischen Willen zu fehlen, eine solche Möglichkeit auch hier einzurichten. DIE LINKE beantragte daher, eine entsprechende Resolution an die Landespolitik zu richten.

Interessanterweise kam die heftigste Fundamentalopposition gegen den Antrag gerade vom Grünen-Redner Kießling. Selbst Herr Dinges von der FWLG zeigte sich darüber verwundert. Herr Motzer von der SPD redete dagegen am Thema vorbei und verwechselte die Tarifgestaltung mit den Beförderungsbedingungen. Das Rollstühle und Kinderwägen Vorrang haben, hat ja nun nichts mit dem Ticketpreis zu tun.

Thüringen und der Nordhessische Verkehrsverbund haben es vorgemacht, in Süd-Niedersachsen gilt es bereits für den Busverkehr. Jetzt ist es an der Zeit den Umweltverbund in Süd-Niedersachsen insgesamt pendlerfreundlich zu gestalten.

## TOP 13 – Übernahme der Mündener Krankenhäuser in die öffentliche Hand

Der Antrag der LINKEN war bereits zur vorangegangenen Kreistagssitzung eingereicht worden und im Ausschuss beraten worden. Nachdem dadurch einiger Wirbel – der auch durch die Lokalpresse ging – erzeugt worden war, konnte DIE LINKE die Debatte mit einer formalen Zurücknahme abschließen. Zwar ist nun wieder einmal ein neuer „Investor“ gefunden worden, das Thema wird damit aber ganz sicher nicht abgeschlossen sein.

## TOP 18 – Sicherung des Bahnhofsmanagements in Göttingen

Nachdem der bisherige Göttinger Bahnhofsmanager sich in den Ruhestand verabschiedet hat, wurde von der Bahn sogleich die komplette Auflösung des Göttinger Bahnhofsmanagement ins Visier genommen. DIE LINKE formulierte gegen diese fragwürdige Maßnahme eine Resolution, die nach der Vorberatung im Ausschuss interfraktionell eingebracht und einstimmig verabschiedet wurde.

# **DIE LINKE.** Kreisverband Göttingen/Osterode

**Meinung:**

## ▶ **Antikapitalistisches Profil auch in Bündnissen gegen Rechts!**

Die Kommunalwahl in Hessen zeigt: Dort wo DIE LINKE sich wie z.B. in Kassel mit klarem, antikapitalistischem Profil in den Wahlkampf als Opposition zum neoliberalen Establishment-Partei-Einheitsbrei begibt, hat sie Erfolge, teilweise bis zu 50% mehr Stimmen als 2011!

### **Was bedeutet das für uns?**

In Teilen der LINKEN werden gegen AfD, Pegida und ihre Ableger breite Bündnisse gefordert, die führende Politiker von SPD und Grüne einschließen sollen. Führende Politiker\*innen unserer Partei befürworten „gegen die Gefahr von ganz Rechts“ erneut Regierungsbündnisse mit SPD und Grünen, obwohl wir uns darin für Sozialkürzungen, Angriffe auf das Asylrecht und die Kriegspolitik dieser prokapitalistischen Parteien Mitverantwortung übernehmen müssten.

Aber statt uns diesen Kürzungsparteien anzunähern und gleichzeitig damit auf die AfD einzugehen, sollten wir uns als LINKE von Parteien, die Abschiebungen, Kriege, und damit Fluchtursachen praktisch mitverantworten, abgrenzen. Und damit auch von denen, die auch in der niedersächsischen Landesregierung jeder Sparmaßnahme zustimmen und die Kanzlerin für ihre „Asylpolitik“ loben.!

### **Wollen wir in diesem neoliberalen Chor wirklich mitsingen?**

Es wird oft auch innerhalb der LINKEN eine „solidarische Konsens-Politik“ gefordert, die kontroverse Diskussionen genau um solche Streitpunkte unterbinden soll. Das zieht sich durch bis auf die kommunale Ebene, auf der es ja keine „Opposition gibt und Sozialisten als „utopische Spinner“ gelten.

Gerade auf der kommunalen Ebene, das hat die Hessenwahl gezeigt, entscheidet sich viel! Widerstand fängt vor Ort an, und wenn wir aus Rücksicht auf die „Einheit aller demokratischen Parteien gegen die Rechtsextremisten“ in den Kommunalparlamenten keine klare Opposition gegen die sozialen Ursachen des Rechtsextremismus betreiben, dann brauchen wir uns auf Landes- und Bundesebene nicht wundern, wenn wir als Teil der etablierten Parteien wahrgenommen werden und die unzufriedenen Nicht-Wähler kaum noch erreichen können. Das Ergebnis von Anti-AfD-Bündnissen, in denen wir die Abschiebungs-, Kürzungs- und Kriegspolitik von SPD und Grünen faktisch ausblenden, wäre politische Beliebigkeit und nicht die notwendige Aktionseinheit gegen das Kapital. Und die Rechten werden damit gestärkt!

### **Unser klares Profil:**

Wir stimmen bei nichts zu, was für die Lohnabhängigen und damit für die Masse der Bevölkerung zum Nachteil wäre, ob auf Bundes-, Landes- oder Kommunalebene! Wir gehen damit ebenfalls wie in Kassel in klare Opposition und als erkennbare Alternative in den Kommunalwahlkampf in der Stadt und im Landkreis Göttingen.

### **Für ein soziales Göttingen!**

(md)

## ▶ **Grüne für klare politische Alternativen**

Eigentlich ist es nur konsequent, wenn die Grünen im Landkreis keine/n eigene/n Kandidat\*in zur Wahl der/des Landrätin/Landrates mehr aufstellen. Wo es doch inhaltlich keine ernsthaft erkennbaren Unterschiede mehr zur SPD gibt und auch das zukünftige Personaltableau schon unterschriftsreif abgekaspert wurde. Wozu die Wähler\*innen noch lange irritieren mit einer eigenen Kandidatin oder einem eigenen Kandidaten.

Außerdem spart man sich eigene Wahlwerbung und muss nur noch auf den Reuter-Plakaten das Grünen-Logo mit eindrucken lassen. Sparsamer und auch ehrlicher wäre noch, auch für die Kreistagswahl gleich gemeinsam anzutreten, vielleicht unter dem Namen GRÜSPe. Eigentlich schade, dass man die CDU nicht auch gleich mit ins Boot geholt hat. Dann könnte man sich und den Wähler\*innen den ganzen Aufwand für die Landratswahl doch glatt sparen. Ist da nicht

doch noch irgendwie eine Dezernatsstelle für die Christdemokrat\*innen drin? Vielleicht würde ja selbst die FDP bei einem entsprechenden Angebot (Amtsleiterstelle oder so) von der Kandidatur von Frau Oldenburg abzubringen sein. Blieben nur noch die LINKEN mit ihrem Kandidaten.

Für eine solche Konstellation könnte einiges sprechen: Eine klar überschaubare Kandidat\*innenlage; Reuter versus Falscher. Eine ernsthafte politische Auswahl; Allparteienmischmasch gegen linke Alternative. Eine eindeutige politische Botschaft; Filz oder Transparenz! (gn)

## ▶ **Provokation und Hetze werden weitergehen**

Auch wenn die Neonazis und rechten Aufmarschierer\*innen des sogenannten Freundeskreises Thüringen/Niedersachsen verkündet haben, vorerst keine „Kundgebungen“ mehr in Duderstadt, Lindau und Northeim durchführen zu wollen, heißt das nicht, dass der Spuk damit zu Ende ist. Mangels Erfolges wegen der zahlenmäßig immer deutlich größeren Gegendemonstrationen und -veranstaltungen wechseln sie erst einmal nur ihre Strategie. Das hat die

Bürger\*innenversammlung in der Hagenbergschule auf dem Holtensener Berg deutlich gezeigt. Da lieferte ein AFD-Funktionär einen Wortbeitrag nach dem Motto: „Ich suche eine Wohnung und den Asylanten wird alles in den A... geschoben.“ Leider hat niemand aus der Stadtverwaltung oder dem Publikum so schnell reagieren können und ihm einen Platz in der demnächst von Flüchtlingen zu beziehenden Lagerhalle in Grone angeboten.

Will sagen: Wir müssen uns auf diese Form der Provokation und Hetze einstellen und eine entsprechende Gegenstrategie entwickeln. Wir müssen vermehrt auf solchen Bürger\*innenversammlungen zu Fragen der Flüchtlingsunterbringung oder anderen Foren zur Flüchtlingspolitik anwesend sein und diesen Brandstifter\*innen argumentativ, ernsthaft, aber nicht verkniffen Paroli bieten. Wir haben genug gute Argumente gegen deren Hetzparolen und ketzerischen Beiträge.

(...weiter auf der nächsten Seite)



# DIE LINKE. Kreisverband Göttingen/Osterode

## ► „Es ist ausgestanden!“

### OV Hann. Münden gewinnt Verfahren gegen Bilstein

Der 4. Februar 2015 ist ein Tag zum Feiern und ein Tag der Erleichterung für den OV Hann. Münden und unsere Ratsfrau Kirsten Klein, aber auch darüber hinaus ein positives Signal für die politische Arbeit der LINKEN. Die zeit- und nervenraubende Phase des Gerichtsverfahrens ist zum Glück vorbei, zur Freude aller Beteiligten: Die Genoss\*innen bekamen im Gerichtsurteil Recht. Ihre Pressemitteilung fiel in den Rahmen der freien Meinungsäußerung, entschied das Landgericht.

#### Die Vorgeschichte

Die Genoss\*innen im OV Hann. Münden hatten im Bürgermeisterwahlkampf 2014 in einer Pressemitteilung geäußert, dass der Geschäftsführer der stadt eigenen WWS allein dem Bürgermeisterkandidaten der SPD, Jörg Wieland, eine breite Plattform zur Selbstdarstellung geboten hatte. Es war tatsächlich so, dass Bilstein keine Gelegenheit ausließ, Jörg Wieland zu promoten; Pressemeldungen, die das belegten, gab es reichlich; die Aussage war also berechtigt.

#### Die Klage

Bilstein ging vor Gericht und forderte die Genoss\*innen auf, die Aussage zurück zu nehmen und zukünftig nicht mehr zu verbreiten; dem konnte freilich nicht entsprochen werden. Es hätte im Raum gestanden, dass die Aussagen des Ortsverbandes leicht durch eine Klagedrohung weggewischt werden könnten; das hätte, gerade für den aktuellen Kommunalwahlkampf, fatale Folgen gehabt.

Folge: Die Genossin Ratsfrau Kirsten Klein wurde persönlich dafür haftbar gemacht, was der gesamte Sprecher\*innenrat des OV beschlossen und geäußert hatte, obwohl sie nur die Überbringerin der Nachricht war. Wenn der Kläger Recht bekommen hätte, hätte das fatale Folgen für zukünftige Meinungsäußerungen haben können. Wer will schon Politik machen, wenn das die eigene Existenz kosten kann? Und sicher war es kein Zufall, dass der politische Gegner, die SPD darauf setzte, genau an dieser Stelle anzugreifen. Vermutlich sahen sie DIE LINKE. OV Hann. Münden hier am verletzbarsten. Die Absicht war, Kirsten fertig zu machen.

#### Reaktionen aus der Partei: Allein im Regen

Die Genoss\*innen wandten sich zunächst an ihren Kreisverband Göttingen (damals noch

ohne Osterode), später an den Landesvorstand. Christoph Filler vom damaligen KSR teilte ihnen mit, dass die Partei einerseits natürlich voll hinter ihrem Vorgehen stünde, andererseits sei das Gerichtsverfahren aber „ihre Sache“; er riet mit Blick auf mögliche Kosten dazu, ‚eine modifizierte Unterlassungserklärung‘ abzugeben, und übersah dabei die tatsächliche Dimension und die möglichen Konsequenzen für zukünftige politische Arbeit. Andere Reaktionen aus der Partei ließen eher auf Desinteresse schließen. Wenn erschrockene Reaktionen geäußert wurden und man sagte, man wolle sich kümmern, hatte das leider kaum konkrete Hilfe zur Folge. Das muss man so hart sagen und das kann nicht so bleiben, sonst können wir in solchen Fällen vor Ort „einpacken“ und auch keine weiteren Genoss\*innen zu mutigem politischem Handeln motivieren. Unsere Gegner hätten uns immer leicht durch die existenzielle Bedrohung in der Hand, denn Gerichtskosten sind kein Pappenstiel. Solidarität darf nicht nur vordergründig beschworen werden, sie muss auch mit entsprechendem Handeln einher gehen.

#### Der Prozess

Es ging erstmal um zweierlei.

Einerseits musste die Frage beantwortet werden, ob ein Mitglied eines Ortsverbandes – mithin als Überbringer\*in – für beschlossene Stellungnahmen eines Ortsverbandes vor Gericht haftbar gemacht werden kann, oder ob nicht etwa der Ortsverband – ohne eigene Kassenführung – eine juristische Person sein kann.

Was aber mindestens genau so wichtig ist: Sind Äußerungen einer Parteigliederung - wenn sie nicht beleidigend sind, insbesondere im Wahlkampf – justiziabel oder durch das grundgesetzliche Recht auf freie Meinungsäußerung abgedeckt?

Die unerfahrene und von der Aussage des als Zeugen geladenen SPD-MdL Ronald Schminke sichtlich beeindruckte Vorsitzende Richterin am Amtsgericht kam zu dem Schluss, der Klage Bilsteins voll umfänglich zu entsprechen; selbstverständlich waren auch die Kosten zu erstatten (bis dahin ca. 1.300 ; bei Abgabe der modifizierten Unterlassungserklärung wäre es etwas weniger gewesen) Das konnten die Genoss\*innen nicht auf sich beruhen lassen und wandten sich an die nächste Instanz. Das Landgericht hob

das Urteil des Amtsgerichts Münden auf; wegen Abwesenheit des Klägers erging ein Versäumnisurteil, das nicht schriftlich begründet wird. Trotzdem begründete der Vorsitzende Richter seine Entscheidung damit, dass - kurz gefasst - es sich um eine grundgesetzlich gedeckte Meinungsäußerung handelt und ein Widerrufs- oder Unterlassungsanspruch überhaupt nicht gegeben sei.

#### Schlüsse oder: Was muss geschehen?

Am Beispiel des Vorgangs in Hann Münden wurde erst deutlich, wie sehr wir „im Regen stehen“ können, wenn wir als politische Aktive in die Lage kommen, wegen unseres Handelns vor Gericht zu stehen. Hier muss in Zukunft Abhilfe geschaffen werden. Im KV Göttingen/Osterode gab es einen entsprechenden KMV-Beschluss zur Übernahme von Anwalts- und Gerichtskosten, und die Gebühren für die Überweisung dieses Verfahrens ans Landgericht wurden 2015 nach einem KSR-Beschluss übernommen. Der KSR muss allerdings jedes Mal im Einzelfall entscheiden, ob er ein Verfahren unterstützen kann. Bei größeren Beträgen entscheidet die KMV. Allerdings kann das – bei den begrenzten Geldmitteln unseres Kreisverbands – keine endgültige Lösung für die Problematik sein. Auf Landes- und Bundesebene ist die Beschlusslage anscheinend unklar und sollte durch entsprechende Anträge geklärt werden. Im Falle eines Falles kann nicht der private Bankrott unserer Genoss\*innen in Kauf genommen werden. Das Verfahren in Hann. Münden hat aber auch gezeigt, dass der mutige Schritt, vor dem Landgericht weiter um das Recht auf freie Meinungsäußerung im Wahlkampf zu kämpfen, der richtige war. Schließlich hat man gewonnen – aber auch, dass kundiger juristischer Rat im Vorfeld von mehreren Seiten eingeholt werden sollte.

(mb)

.....

(...Fortsetzung von Seite 8)

Wir können ihnen den Wind aus den Segeln nehmen, wenn wir sie demaskieren bei dem Versuch, sich in Versammlungen, in Demos gegen Rassismus und rechte Gewalt einzuschleichen. Wir sollten gezielt in den Meinungskampf einsteigen, auch wenn wir mit Recht sagen, Faschismus ist keine Meinung. Gerade auch im Zeichen des beginnenden Kommunalwahlkampfes. (gn)



# GROBIAN

## Groner Bürgerinitiative Antifaschismus

- ☛ Kontakt unter 0551-9004939 (Hendrik)
- ☛ mail: grobian-grone@web.de
- ☛ Treffen: Donnerstags, Ort bitte vorher erfragen



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer  
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

## ▶ Massenunterkunft statt Wohnungsbelegung.

Trotz dass es scheint, dass bedeutend weniger Flüchtlinge Göttingen zugewiesen werden, hält die hiesige Politik und Verwaltung an dem Umbau der riesigen Lagerhalle im Groner Gewerbegebiet an der Siekhöhe fest. Allerdings spricht man mittlerweile davon, hier nur vorübergehend Menschen unterbringen zu wollen.

Als im Januar noch Oberbürgermeister und die Sozialdezernentin selbst erschienen, gab es durchaus kritische Nachfragen von TeilnehmerInnen des Runden Tisches. Nicht zuletzt vonseiten der Ortsbürgermeisterin, Frau Sterr, die sich eine sinnvolle Betreuung und ehrenamtliche Begleitung in der Massenunterkunft nicht vorstellen konnte.

Leider hat alle Kritik nichts genutzt und die Halle wird umgebaut. Das DRK hat sich als zukünftiger Betreiber beim Runden Tisch am 23.02. im Bürgerhaus Grone vorgestellt: Herr Beckmann vom DRK Niedersachsen und der zukünftige Heimleiter Herr Comt, der als Leiter der Erstaufnahme auf den Zietenterrassen Erfahrungen mit Hallenunterbringung hat.

Eigentlich klangen die Ausführungen des DRK sehr verständlich und verständnisvoll: Man habe großes Mitgefühl mit den Flüchtlingen, wolle sie menschenwürdig unterbringen und ihnen Privatsphäre ermöglichen. Auch wurde betont, dass es eigentlich unzumutbar sei, für längere Zeit ohne jegliche Privatsphäre zusammengepfercht so zu leben. Dennoch zuversichtlich beschrieb Herr Beckmann sehr ausführlich und anschaulich, was alles geplant sei, um den zukünftigen HallenbewohnerInnen den Aufenthalt erträglich zu machen: Seminarräume, einen Fernsehraum, Spielbereiche drinnen und draußen für die Kinder, Sportfelder und sogar einen Grillplatz wurden genannt.

Betont wurde, dass es vor allem wichtig sei, den Flüchtlingen die Möglichkeit zu Aktivitäten außerhalb des Lagers zu geben. Also der Appell an die Ehrenamtlichen, die Vereine, aber auch die ansässigen Gewerbetreibenden, um Praktika o.ä. zu ermöglichen, ebenso die Möglichkeit der Mithilfe im Lager selbst. Alles prima Ideen, doch es klang ein wenig eine paternalistische Haltung durch, so unter dem Motto: Wir wissen (am besten), was für die armen Flüchtlinge gut ist. Daher wird es wichtig sein, dass die

Betroffenen selber einbezogen werden, über einen Heimbeirat oder eine ähnliche Form der Selbstorganisation. Dafür bedarf es politisch wache und kritische Ehrenamtliche.

An der am 14.03. durchgeführten Begehung der im Umbau begriffenen Halle waren 34 Groner BürgerInnen der Einladung des DRKs gefolgt und ließen sich von den Verantwortlichen herumführen. Da noch Bauarbeiten im Gange waren, bekam man einen guten Eindruck von der Akustik und Lärmbelastung. Mit Leichtbauwänden werden 42 Parzellen mit 3m hohen Wänden abgetrennt und auf jeweils 60 qm werden bis zu 12 Menschen leben. Für jeden ein Bett und ein Stuhl um einen Tisch sowie Schränke. Es sind auch einige wenige kleinere Parzellen geplant, aber das Gros sind die 12er Abteile. Also mit möglichst wenig Aufwand möglichst viele Menschen unterzubringen, ist dort das Ziel. Nach oben sind die Parzellen offen, damit wenigstens etwas Tageslicht zu erhaschen ist – mit dem Lärmpegel von 400 MitinsassInnen!

Immerhin sei tatsächlich Platz für Sport und Beschäftigung vorgesehen: Leider aber kein extra Wohnbereich, den gerade traumatisierte Flüchtlingsfrauen dringend benötigen, um zur Ruhe zu kommen. Man kann nur hoffen, dass die Halle aufgrund der geringeren Zuweisung nicht voll belegt sein wird.

Auch eine Krankenstation ist vorgesehen - mit ehrenamtlichen ÄrztInnen! Hier darf nicht vergessen werden, dass Asylsuchende rechtlichen Anspruch auf kassenärztliche Versorgung haben. Für die soziale Betreuung sind 7 SozialarbeiterInnen vorgesehen. Fraglich ist, ob diese Betreuungskapazitäten ausreichend sind.

Erfahrungsgemäß ist das individuelle Kochen für AsylbewerberInnen, die neben einem eventuellen Deutschkurs noch keiner Beschäftigung nachgehen können, ein unverzichtbarer Teil der Tagesstruktur. Dies geht laut DRK in der Hallenunterbringung nicht, sondern es soll Vollverpflegung geben. Immerhin frisch zubereitet und vielleicht können manche Flüchtlinge mithelfen, wie auch bei der Reinigung sowie im Gartenbereich.

Insgesamt klingt es so, als sei man ehrlich bemüht, wenigstens etwas halbwegs Erträgliches zu machen. Hierzu bedarf es

sicher Groner Ehrenamtlicher, die sich zum nächsten Runden Tisch am 29.03. treffen werden.

Fazit: Man kann denken, die Halle an der Siekhöhe ist allemal besser als das Zelten und Hungern im Schlamm von Idomeni. Aber wieso schließt Europa im allgemeinen und Deutschland im besonderen seine Grenzen für Flüchtlinge? Unter anderem, weil behauptet wird, die Boote allerorten seien voll, wir könnten keine Zuwanderung mehr verkraften. Seht her, wir müssen sogar solche unwirtlichen Lagerhallen anbieten, weil wir keinen anderen Wohnraum haben. Doch das ist falsch: Hier in Grone z.B. stehen immer noch ca. 80 Wohnungen leer. Grundsätzlich sei es also das Problem der Besitzverhältnisse. Was tun mit diesen Besitzverhältnissen? Hier in Grone jedenfalls nicht müde werden, den Vermietern der freien Behausungen auf die Füße zu treten. Vielleicht wird es auch Zeit für Taten statt Warten, was die leeren Wohnungen betrifft? (bs)

**DIE LINKE.** Forts. Termine von Seite 6

### OV Dransfeld Aufstellungsversammlung zur Kommunalwahl

**Wahl der Räte der Samtgemeinde Dransfeld und der Stadt Dransfeld**  
**Donnerstag, 21. April, 19.30 Uhr** bei Uli Maschke, Tulpenweg 2a, Dransfeld

Stimmberechtigt sind die Parteimitglieder in der Samtgemeinde bzw. Stadt Dransfeld. Zur Tagesordnung vgl. auf Seite 6 stehende Einladung zur Wahlversammlung in Hann. Münden.

### OV Rosdorf Mitgliederversammlung

**Dienstag, 12. April, 19.30 Uhr** in der Gaststätte Zum Krug, Mühlengrund 23, Rosdorf

**Treffen der Linksjugend solid**  
**Jeden Donnerstag 19 Uhr**, Treffpunkt vor dem Blauen Turm an der Universität

### Treffen der AKL (Antikapitalistische Linke)

**Mittwoch, 13.04.16 um 19 Uhr** im Roten Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2-3

Wähler/innengemeinschaft

Göttinger Linke

## ► Was die AFD wirklich will

Wenn die Analysen der Kommunalwahl in Hessen zutreffen, dann haben insbesondere auch Geringverdiener\*innen und Erwerbslose, soweit sie überhaupt zur Wahl gingen, überproportional der AFD ihre Stimmen gegeben. Dafür wird in den meisten Kommentaren die aktuelle Flüchtlingssituation, die Angstmacherei vor Überfremdung und das in vielen Fällen aufgebauschte Fehlverhalten einzelner Flüchtlinge verantwortlich gemacht. Dass sich die AFD aber nicht nur auf die Hetze gegen geflohene Menschen konzentriert, sondern sich auch als Vertreterin der Benachteiligten und „kleinen Leute“ geriert, wird dabei leicht übersehen. Auch hier muss ihr offensiv entgegen getreten und aufgezeigt werden, dass das genaue

Gegenteil der Fall ist. Die AFD vertritt mit ihren Positionen die Reichen, die sie „Leistungsträger“ nennt. Als „Realitätsferne Sozialromantik“ bezeichnet Frauke Petry den Mindestlohn. Beschäftigten in den sogenannten Trinkgeld-Berufen drohe durch diesen Arbeitslosigkeit und Armut. Unter „Gleichberechtigung“ versteht die AFD ihr Steuermodell, alle Einkommen ab 20.000 Euro jährlich mit einem Spitzensteuersatz von 25 Prozent zu belegen. Das hieße dann konkret, der Millionär und der Müllwerker hätten den gleichen Steuersatz. Ähnlich „sozial“ sind die Vorstellungen der AFD zur Erbschaftsteuer, die will sie gleich ganz abschaffen. Wohl wissend, dass dem reichsten Ein Prozent in Deutschland mehr als ein Drittel

des Gesamtvermögens gehören. Diese Leute vererben innerhalb eines Jahres circa 200 Milliarden Euro, wovon schon jetzt nur etwa sechs Milliarden Euro in die Staatskasse fließen. Und was sagt die AFD zu Hartz IV? Ersetzen möchte Sie dieses Armuts Gesetz durch sogenannte „Bürgerarbeit“. Dieses „Modell“ kennen wir doch noch von der ehemaligen Bundesarbeitsministerin von der Leyen. Mit der Zwangsmaßnahme Bürgerarbeit wurde kaum ein sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplatz geschaffen. Lediglich der Druck auf Erwerbslose wurde erhöht und sie wurden gezwungen, weit unter Mindestlohniveau zu arbeiten.

Mit ihren Parolen gegen geflohene Menschen übertüncht die AFD nur, dass ihr Gerede von der Partei für die „kleinen Leute“ purer Etikettenschwindel ist. In Wahrheit zeigen allein schon die Flüchtlingspolitik hinaus, dass sie die Reichen, die Unternehmer\*innen stützen will. Nun ja, einige Millionär\*innen haben sich mit Großspenden auch schon erkenntlich gezeigt.

Das ist es, was die AFD wirklich will!

gn

## ► „Es braucht ein Recht auf Nicht-Erreichbarkeit“

Gewerkschaftsfrauen in Göttingen diskutieren zum Internationalen Frauentag Fragen der Arbeitszeitsouveränität und Digitalisierung der Arbeitswelt.

GÖTTINGEN

Anlässlich des Weltfrauentages 2016 diskutierten in Göttingen am gestrigen Dienstag 15.03.2016 Gewerkschaftsfrauen des DGB-Kreisverbandes und des ver.di Ortsfrauenrates Göttingen im Rahmen der After-Work-Bildungsreihe des Bildungswerkes ver.di mit Gästen zum höchst aktuellen Thema „Ist die Arbeit der Zukunft gerechter? Chancen und Risiken der Digitalisierung aus der Geschlechterperspektive“. Damit verbunden waren Fragen der Arbeitszeitsouveränität für Beschäftigte, der Qualifizierung sowie Veränderung von geschlechterspezifischen Berufsbildern. Der gut besuchte Impulsvortrag von Gastreferentin Dr. Yvonne Lott von der Hans-Böckler-Stiftung lässt die Brisanz der Fragestellung vermuten. „Eigentlich ist gerade niemand genau im Bilde über die genaue Situation und die Folgen der Digitalisierung der Arbeitswelt“ erschreckte die Leiterin der Abteilung Forschungsförderung „Wandel der Erwerbsarbeit“ der gewerkschaftsnahen Stiftung zu Beginn ihrer Ausführungen das Publikum mit ihrer Aussage über den Ist-Zustand von Arbeit 4.0.

Sehr schnell wurde aber deutlich, dass sich sehr wohl jetzt schon Risiken abzeichnen und diese speziell für Frauen in der Arbeitswelt gelten. Mit der Digitalisierung setzen sich zunehmend flexiblere Arbeitszeiten durch, die aber Risiken einer Arbeitsverdichtung bergen und zur Erhöhung der gegebenen Workload führen. Untersuchungen von Soziologin Lott ergaben, dass flexible Arbeitszeiten in den meisten Betriebskulturen weiblichen Beschäftigten zum Nachteil reichen. Man unterstelle ihnen, sie nutzen zeitliche Flexibilitäten für private Zwecke wie z.B. Kindererziehung und werte damit ihre berufliche Zielstrebigkeit ab. Bei Männern hingegen unterstelle man positiv das Allgemeinwohl des Betriebes zu bedenken und sich daher flexibel einsatzbereit zu zeigen. Dies führe sogar oft zu einer Gehaltserhöhung, sobald Männer in das flexible Zeitmodell wechseln. Ein wunder Punkt in der Gleichbehandlung, auf den einige Zuhörerinnen immer wieder in der weiteren Diskussion zurückkamen.

Besonders spannend erwies sich die anschließende Diskussionsrunde, bei der ver.di-Kollegin aus den Branchen Weiterbildung, Einzelhandel und Gesundheits-

versorgung im Krankenhaus durch viele anschauliche Beispiele aus ihren aktuellen Arbeitsrealitäten der Digitalen Wende berichteten. Ganze Berufsfelder würden kontinuierlich verändert, Arbeitsabläufe zwar vereinfacht, aber schon jetzt zeichne sich eine fortschreitende Entgrenzung von Arbeit ab, so die Personal- und Betriebsratsmitglieder Erdmutha Bach-Reinert und Insa Wiethaup auf dem Podium. Die Erwartung im Betrieb an eine ganzheitliche Erreichbarkeit sei auf dem Vormarsch.

Gewerkschaftssekretärin Agnieszka Zimowska vom DGB erinnert im Schlusswort daran, dass trotz aller technischen Erleichterungen und Potentiale für Beschäftigte durch Digitalisierung, der Mensch im Mittelpunkt stehen müsse. Gewerkschaften setzen sich dafür ein, dass es durch Digitalisierung u.a. nicht zur weiteren Entgrenzung von Arbeit komme. „Es braucht ein Recht auf Nicht-Erreichbarkeit, auf Arbeits- und Gesundheitsschutz und gerechte soziale Sicherung in alten wie neuen Berufszweigen“, forderte die DGB-Frau.

Agnieszka Zimowska  
DGB Gewerkschaftssekretärin  
Region Südniedersachsen-Harz



# ► Unsere Willkommenskultur heißt: Gemeinsam kämpfen!

**Aufruf der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) vom März 2016**

*DKP bezieht Position: Gegen Rassismus und NATO-Kriege! Mindestlohn rauf – Mieten runter! Die Reichen sollen zahlen!*

Noch im Herbst 2015 inszenierten Merkel und die herrschenden Medien eine vermeintliche „Willkommenskultur für Flüchtlinge“ zu einem nationalen Event vergleichbar mit einer Fußballweltmeisterschaft. Wenige Monate später erklären die gleichen Medien infolge sexueller Übergriffe in der Silvesternacht 2015 in Köln Flüchtlinge und Menschen arabischer bzw. muslimischer Herkunft zur potenziellen Gefahr für die Öffentliche Sicherheit. Sie schüren damit eine fremdenfeindliche und nationalistische Stimmung im Land, die sich in fast täglichen Übergriffen auf Flüchtlinge und ihre Unterkünfte sowie steigenden Umfragerwerten der „Alternative für Deutschland“ niederschlägt.

Die Große Koalition feuert diesen Hass gegen Flüchtlinge aktiv an, indem sie das Asylgesetz weiter aushöhlt und eine Debatte um Obergrenzen bei der Aufnahme von Flüchtlingen vorantreibt. Gezielt lenkt die Bundesregierung davon ab

**\* ... dass die NATO Fluchtverursacher Nummer 1 ist!**

Die NATO und ihre Mitgliedsstaaten sind im Nahen und Mittleren Osten die Hauptkriegstreiber, die das Ziel verfolgen, die syrische Regierung in die Knie zu zwingen, weil sie ihren geostrategischen Interessen in der Region im Weg stehen. Dem US-Imperialismus und seinen Verbündeten geht es darum, sich den Zugriff auf Rohstoffquellen und Märkten zu sichern bzw. dem Zugriff Russlands und China zu entziehen. Es sind NATO-Staaten wie die Türkei, die den IS unmittelbar unterstützen und es ist die Bundesregierung, die diesen Krieg mit

Tornado- und AWAC-Einsätzen sowie mit Waffenexporten direkt unterstützt. Vor dieser imperialistischen Kriegspolitik fliehen Millionen Menschen.

**\* ... dass die Bevölkerung die Fluchtursachen bezahlen muss!**

Während die Bundesregierung den Kommunen nicht annähernd ausreichend finanzielle Mittel für die Integration und Versorgung der Flüchtlinge zur Verfügung stellt und die öffentliche Daseinsvorsorge immer weiter zusammengestrichen wird, plant die Bundesregierung Neuinvestitionen in Höhe von 130 Mrd. Euro für die Aufrüstung der Bundeswehr.

**\* ... dass die Verantwortlichen für Massenarmut im Land aus dem Blick geraten!**

Armut (trotz Arbeit), Zwei-Klassen-Medizin in Krankenhäusern, explodierende Mieten in den Großstädten und zunehmende Repressionen gegen ALG-II-Empfänger – das alles ist Ergebnis einer Umverteilung für die Reichen – z.B. in Form von Bankenrettungsschirmen im Zuge der Krise.

**Wem nützt die Hetze gegen Flüchtlinge?**

Der Wiederaufstieg der AfD und Pegida-Aufmärsche sind in mehrfacher Hinsicht für die Herrschenden in Berlin und den Chefetagen der deutschen Banken und Konzerne nützlich:

- Die rassistische Hetze von AfD und Pegida gegen Muslime sorgt dafür, die Akzeptanz in der Bevölkerung für deutsche Kriegseinsätze und Demokratieabbau im Inneren im Namen der „Terrorabwehr“ zu erhöhen.
- Im Windschatten rassistischer Übergriffe gegen Flüchtlinge setzt die Bundesregierung auf eine gezielte Entrechtung von Flüchtlingen, um sie als Lohndrücker zu missbrauchen und somit die forcierte

Ausbeutung der gesamten (!) arbeitenden Bevölkerung voranzutreiben.

**Solidarität heißt gemeinsam kämpfen!**

Wir Kommunistinnen und Kommunisten setzen dieser Spaltung unsere Solidarität entgegen, weil wir wissen, dass die übergroße Mehrheit der deutschen Bevölkerung und Flüchtlinge, die in unser Land kommen, den gleichen Gegner haben: Die Banken und Konzerne und die in ihrem Interesse regierenden Parteien. Für ihre Profite werden Kriege geführt und wird die Verelendung breiter Bevölkerungsteile in Deutschland vorangetrieben. – und deshalb ist auch bei ihnen das Geld zu holen für Soziales, Bildung, Gesundheit, Arbeit und Integration!

**Kämpfen wir ALLE gemeinsam:**

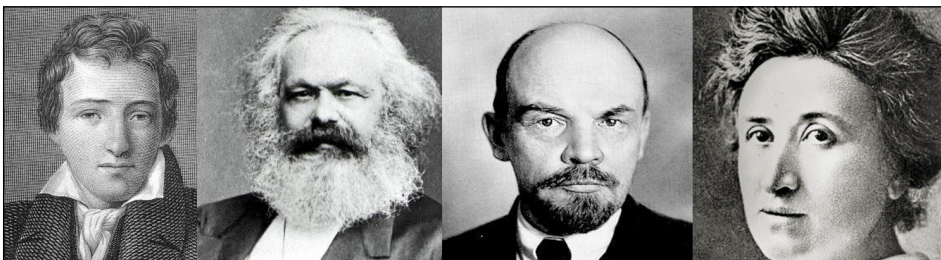
- Für das Recht auf Ausbildung und Arbeit!
- Für Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich!
- Für einen Mindestlohn, der diesen Namen verdient – ohne Ausnahmen!
- Für gleichen Lohn bei gleicher Arbeit – kein Missbrauch von Flüchtlingen als Lohndrücker!
- Gegen Hartz IV und das dazugehörige Sanktionssystem!
- Gegen Sondergesetze für Flüchtlinge zur Einschränkung der Bewegungsfreiheit, der Versorgung und des Zugangs zu Bildung, Arbeit, medizinischer Versorgung und des öffentlichen Lebens!

**Kämpfen wir ALLE gemeinsam:**

- Für menschenwürdigen und bezahlbaren Wohnraum in öffentlicher Hand!
- Für bezahlbaren öffentlichen Nahverkehr, Kultur- und Sporteinrichtungen!
- Für Kitaplätze und Jugendzentren – für kostenlose Bildung und Gesundheitsversorgung!
- Gegen das finanzielle Ausbluten der Kommunen – weg mit der Schuldenbremse!
- Für eine Millionärssteuer – die Reichen sollen endlich zahlen!

**Kämpfen wir ALLE gemeinsam:**

- Gegen den EU- und NATO-Militäreinsatz gegen Flüchtlinge im Mittelmeer!
- Gegen antimuslimische Hetze und rassistische Spaltung!
- Gegen die Aufrüstung der Bundeswehr und deutsche Kriegseinsätze!
- Für einen Austritt der NATO und den Abzug der NATO-Stützpunkte aus Deutschland!



Heinrich Heine, Karl Marx, V.I. Lenin, Rosa Luxemburg

Sie kannten das Leben auf der Flucht und im Exil.

Gegen Abschottungspolitik, für ein echtes Asylrecht!

Für die rechtliche und soziale Gleichstellung von Flüchtlingen!

Unsere Willkommenskultur heißt: Gemeinsam kämpfen!